

Der Putin-Schwindel

Schröder, die SPD und ihr Entspannungsdogma

„Putin denkt abendländisch. Er sieht eine Mission Russlands als Teil Europas.“

(Gerhard Schröder, *Erinnerungen*, 2006)

Mit der Entfesselung des Ukraine-Kriegs ist ein Streit im intellektuellen Umfeld der SPD ausgebrochen über eine haarsträubende Erklärung des seit 2019 existierenden „Geschichtsforums“. Darin wird die desaströs gescheiterte Entspannungspolitik im Umgang mit Putins Russland noch immer gerechtfertigt: „Bemühungen sozialdemokratischer Politiker:innen, im Dialog mit Russland auf Deeskalation zu setzen, waren nicht falsch, haben sich jedoch leider als vergeblich erwiesen.“ Solche schlichten Versuche der Selbstverteidigung trieben wenigstens drei der dreißig Mitglieder des „Geschichtsforums“ auf die Palme, die Historiker Ulrich Mählert, Nicolas Dörr und Jan C. Behrends. Ihre *dissenting opinion* unterstreicht, dass Brandts Ostpolitik nicht zum Selbstzweck und Allheilmittel erhoben werden könne, und Russlands Weg unter Putin in eine neue Diktatur allemal vorhersehbar war. Deshalb sei es auch erforderlich, dass sich der Deutsche Bundestag „in einer Enquete-Kommission mit der Russlandpolitik seit der Wiedervereinigung auseinandersetzt“ (FAZ, 22.03.22).

Keine Partei wünscht das weniger als die SPD. Denn angesichts des täglichen Grauens scheint es unfassbar, wie gerade Politiker:innen aus ihren Reihen den Kreml-Despoten nach der folgenden Schreckensbilanz derart verharmlosen konnten: Dem zweiten Tschetschenien-Krieg, dem Krieg in Georgien, der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion, dem sezessionistischen Überfall in der Ostukraine, dem Abschuss der MH17 durch pro-russische Söldner mit 300 Todesopfern, den flagranten Kriegsverbrechen in Syrien zugunsten eines Mörderregimes, mit der gewollt destabilisierenden Konsequenz von Millionen von Flüchtlingen Und innenpolitisch: den Auftragsmorden gegen Oppositionelle wie Anna Politkowskaja oder Boris Nemzow, den Geheimdienstverbrechen in Salisbury und im Berliner Tiergarten, dem Nowitschok-Giftanschlag auf Alexej Nawalny und den himmelschreienden Urteilen danach, oder der Auflösung der Gedenkstätte „Memorial“, um die weitere Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen unter Strafe zu stellen.

Doch bei den Sozialdemokrat:innen schwang immer auch gehörig Herzblut mit, wenn sie sich in den letzten Jahren ein fortwährend abschlägig beschiedenes Appeasement nach dem anderen leisteten, im festen Glauben, dies *in memoriam* von Willy Brandts alter Ostentspannung der russischen Sicherheitsparanoia nach dem Zerfall der alten Sowjetunion schuldig zu sein.

Eine bizarre Mixtur kam dabei zum Tragen: die nostalgische Verklärung der alten Ostpolitik inklusive Bahrs schräger Erfolgslegende, damit die Deutsche Einheit in die Wege geleitet zu haben. Dazu ein latent vorhandener Anti-Amerikanismus als dem tiefsitzendsten Ressentiment in der linken Gefühlswelt, wo schon immer so getan wurde, als habe es sich bei der Ostpolitik um eine „Äquidistanzpolitik“ gehandelt. Und komplementär dazu: viel deutsch-russischer Seelenverwandtschaftskitsch.

Putin rührt zu Tränen

Der Putin-Schwindel begann im Deutschen Bundestag am 25. September 2001, als der neue russische Hoffnungsträger aus St. Petersburg einen Teil seiner Rede auf Deutsch vortrug und damit viele Sozialdemokrat:innen zu Tränen rührte. Es fühlte sich für sie an wie die Erfüllung einer Friedensvision. Was seit 1970 mit den Ostverträgen in Gang kam, in Oreanda auf der Krim bei einer gemeinsamen Sommerfrische von Leonid Brezhnev und Willy Brandt fast romantische Züge annahm, schien über viele bewegende Zeitläufte hinweg sein Happy End im Deutschen Bundestag gefunden zu haben.

Aber schon zum Zeitpunkt, als die Ehepaare Putin und Schröder Anfang Januar 2001 gemeinsame Schlittenfahrten im Schnee vor Moskau unternahmen, galt der russische Präsident nach dem Vernichtungskrieg in Tschetschenien, vor al-

lem mit der Auslöschung der Hauptstadt Grosny, als einschlägig gebrandmarkter Kriegsverbrecher und nicht als der ersehnte Modernisierer des postsowjetischen Russland oder Versöhner zwischen Ost und West. Doch das sollte die traute Harmonie im Schnee nicht stören.

So haben wir es dem dritten SPD-Kanzler zu verdanken, dass Putin nach dem 11. September 2001 an der Seite von US-Präsident George W. Bush ins Boot des Anti-Terrorkampfes geholt wurde. Günstiger konnte der Moment für Spezi Schröder nicht sein, um Putins Verbrechen in Tschetschenien gleichsam als pionierhafte Vorleistung im weltweiten Kampf gegen den mörderischen Islamismus in Rechnung zu stellen. Zum blanken Entsetzen des grünen Koalitionspartners, der die Bombardements auf Grosny immer als Kriegsverbrechen Putins scharf verurteilt hatte.

Man müsse den militärischen Sondereinsatz in Tschetschenien ein wenig „differenzierter“ beurteilen, erklärte der SPD-Kanzler daraufhin während eines gemeinsamen Pressetermins an der Seite seines vor Kameras gern geherzigten Freundes. Diesem gewährte er noch auf der Schlussgeraden seiner Kanzlerschaft eine hohe Bürgschaft, um siebzehn Tage nach seinem Ausscheiden zum Chef des Aufsichtsrates des Gaspipelineunternehmens Nordstream AG aufzusteigen.

„Ich habe völkerrechtswidrig gehandelt“

Als fortan hochnützlicher Kremlgänger sah sich Schröder zu einer „differenzierten“ Betrachtung der brutalen Machtpolitik Putins nicht mehr imstande. In seinen Erinnerungen „Entscheidungen. Mein Leben in der Politik“ (2006) charakterisiert er ihn als einen „abendländisch“ denkenden, gläubigen Mann, der Russland „kulturell, emotional und vom Lebensgefühl und von den Wertvorstellungen her eben als Teil Europas“ definiere.

Die Aufforderung, gezielte russische Kriegsverbrechen in Syrien, den barbarischen Bombenterror auf Wohngebiete in Aleppo, bei seinem Freund im Kreml anzusprechen, wies Schröder brüsk zurück: Er könne ihm doch keine moralischen Vorhaltungen machen, wo er doch selbst als Kanzler im Kosovo-Krieg 1999 „Bomben auf Belgrad“ habe werfen lassen. „Ich habe damals völkerrechtswidrig gehandelt“ (*WELT*, 20.03.14), lautete Schröders unwürdiges Dementi seiner eigenen, europäisch abgestimmten Politik, um einen befreundeten Staatsterroristen Beistand gegen dessen weltweite Verurteilung zu leisten. Die Kanzlerin Angela Merkel mochte diese Gegenüberstellung nicht gelten lassen: Kosovo-Krieg und Krim-Annexion ließen sich nicht miteinander vergleichen.

In peinlicher Servilität sahen prominente Sozialdemokrat:innen lange Zeit dem Serientäter im Kreml die Untaten nach und forderten ein ums andere Mal die Rücknahme der angeblich kontraproduktiven EU-Sanktionen, um längst verstopfte Gesprächskanäle nach Moskau nicht zu gefährden. Allen voran tat sich dabei die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-

Vorpommern, Manuela Schwesig, mit ihrem europaweit höchst umstrittenen Gasgeschäft Nordstream II hervor. Dafür ließ sie bis zu dessen Aus sogar eine dubiose, größtenteils russisch finanzierte Umweltstiftung gründen, um vor US-Sanktionen sicher zu sein. Ganz vorn an der Front der SPD-Putin-Versteher auch der Chef des deutsch-russischen Forums, Matthias Platzeck, dem eigenen Bekundungen zufolge das Herz blutete, als sich die Kanzlerin nach der Krim-Annexion eine Einladung zur traditionellen Siegesparade am 9. Mai auf dem Roten Platz entgehen ließ.

Die Außenminister Steinmeier und Gabriel wurden nicht müde, die tibetanische Gebetsmühle vom einzig erfolgversprechenden „Dialog“ mit Moskau zu bemühen. Sigmar Gabriel ließ es sich sogar nicht nehmen, zu seinem Ausscheiden aus dem Amt auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 gegen die EU-Sanktionen und die Politik seiner eigenen Regierung zu wettern.

Solidaritätsverweigerung gegenüber der Ukraine

Zum moralischen Desaster für die freiheitsliebende Traditionspartei geriet jedoch das Ausbleiben von Solidaritätsadressen an die in Existenznot getriebene Ukraine seit der Maidan-Revolution und Krim-Annexion. Stattdessen verfehlten dumpfe Antifa-Instinkte aus dem Kreml mit obskuren Naziverdächtigungen in Richtung Maidan nicht ihre Wirkung. So ver-teufelte Entspannungsnestor Erhard Eppler die Ukraine 2015

- im Jahr nach der Krim-Annexion- bei der Präsentation seines letzten Buches: "Ich bin davon überzeugt, dass dieses heruntergekommene, ökonomisch total heruntergekommene, total verschuldete, total korrupte Land, korrupter als alle Umgebung, dass das nur zu sanieren ist, wenn die EU und die Russen sich darüber verständigen, wie man dieses Land wieder auf die Beine bringt." (*Tondokument FES*). Schon im Jahr davor hatte Erhard Eppler, früherer Protagonist gegen die NATO-Nachrüstung, in einem SPIEGEL-Essay viel Verständnis für den Expansionismus des neoimperialen Regenten aufgebracht, „der sich von Ukrainern und Westlern nicht auf der Nase herumtanzen lässt“ (SPIEGEL, 07.06.2014).

„Korrupter als alle Umgebung“(!) – dieses Vernichtungsurteil Epplers entsprach wohl der mehrheitlichen Auffassung in der SPD, die Eigenständigkeit der Ukraine für einen Irrläufer des Epochenbruchs zu halten, sie aus historischer Sicht nach wie vor Russland zuzuschlagen und damit die völkisch-nationalistischen Gebietsansprüche des Putin-Regimes als legitim einzustufen. Für die meisten Sozialdemokraten war Frank-Walter Steinmeiers Euphemismus von der „Gestaltungspartnerschaft“ mit Russland wichtiger als die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts im bedrohten Nachbarstaat. Die Ukraine durfte bestenfalls auf Neutralität hoffen. Ein Stegner nach dem anderen deklamierte vollmundig bei Lanz oder Will, die Ukraine komme nicht in die NATO, als habe das Politbüro im Willy-Brandt-Haus dies einstimmig beschlossen und Putin im Kreml ausdrücklich versichert. So nannte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich lange Zeit den beängstigenden Aufmarsch

russischer Truppen ein „gegenseitiges sich Hochschaukeln“ und mied eine Unterscheidung zwischen Aggressoren und Opfern. Es bedurfte schon der geballten Brutalität des russischen Militärs, um zur Besinnung zu kommen und die reale Gefechtslage politisch und moralisch anzuerkennen.

Der perfide Vorwurf des „Säbelrasselns“

Den Solidaritätsverrat komplettierte Schröder vor Kriegsbeginn mit seinem perfiden Vorwurf des „Säbelrasselns“ an die Adresse Kiews. Denn er verlor gleichzeitig kein Wort über die lebensbedrohliche Umzingelung des Landes mit Hunderttausenden von russischen Soldaten, die dort auf Befehl seines Busenfreundes ihr Unwesen trieben.

Den Topos des „Säbelrasselns“ hatte der Ex-Kanzler vom früheren Außenminister Steinmeier übernommen, der damit schon Jahre zuvor die NATO-Manöver im Baltikum nach der Annexion der Krim und dem Überfall von Putins Terrormilizen in der Ostukraine geißelt hatte.

Als die Kritik aus Europa und den USA am deutsch-russischen Gasgeschäft Nordstream II 2021 immer lauter wurde, schaltete sich Steinmeier sogar als Bundespräsident ein. In einem Interview mit der „Rheinischen Post“ befürwortete er das Gasprojekt als die „letzte verbliebene Brücke zwischen Russland und Europa“ und verknüpfte die energiepolitische Dringlichkeit mit der historischen Erinnerung an den bevorstehenden 80. Jahrestags des Naziüberfalls auf die Sowjetunion. Die

Verärgerung in der Ukraine war groß über den aus ihrer Sicht völlig deplatzierten geschichtlichen Zusammenhang.

So haben die sozialdemokratischen Putin-Versteher ihren Putin in Wahrheit nicht verstanden. Dass sich die Herrschaft des menschenverachtenden Tschekisten auf Lüge und Täuschung gründet, wollten sie offenbar nicht wissen, erklärten sie doch ihr inzwischen untaugliches Instrumentarium weiterhin für sakrosankt. Demgegenüber haben die Abweichler im SPD-„Geschichtsforum“ deutlich gemacht, dass Entspannungspolitik nur „eine unter mehreren Optionen der Bewältigung von Konflikten“ sei. Dieser Befund steht quer zu Egon Bahrs säkularer Überschätzung, wonach das Prinzip „Wandel durch Annäherung“ auf alle kritischen Situationen der Weltpolitik anwendbar sei, um Frieden herbeizuführen. In Wahrheit ist die Entspannungspolitik mittlerweile zu einem kulturellrelativistischen Dogma abgestürzt, das fragwürdige Traditionen für unumstößlich hält, Wirtschaftsinteressen überdimensioniert und Menschenrechtsfragen ins Wolkenkuckucksheim verbannt.